Eilantrag öffentlich	Datum 28.05.2008	Nummer A0133/08

Absender **Ausschuss für Familie und Gleichstellung**	
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	05.06.2008

Kurztitel Einrichtung forensische Ambulanz, Mittelstraße 24, Großer Werder

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

kurzfristig im öffentlichen Interesse ein Expertenhearing

durchzuführen, auf dem sowohl die berechtigten Ängste und Sorgen der Elterninitiative hinsichtlich der Einrichtung einer forensischen Ambulanz für aus dem Maßregelvollzug entlassene Straftäter und als auch die Gründe seitens des Justizministeriums zur Ortswahlentscheidung und kurzfristigen Terminstellung dargelegt sowie weitere Experten, wie den Leiter des Maßregelvollzuges und ein Psychologe, gehört werden können.

Weiterhin sollte dargelegt werden, um wie viel Täter es sich pro Jahr handelt, und wie sich die Entwicklung von 1990 bis 2008 bisher darstellt.

Begründung:

Der FuG-Ausschuss hat sich auf seiner Sitzung am 27.05.08 mit der Bitte einer Bürgerinitiative befasst, die sich auch an die Vorsitzende des FuG-Ausschusses gerichtet hatte; und zwar will die Bürgerinitiative die Einrichtung einer forensischen Ambulanz für ehemalige Häftlinge aus dem Maßregelvollzug in der Mittelstraße 24 auf dem Werder in Magdeburg nicht akzeptieren und hinnehmen. Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr besorgt um die Sicherheit ihrer Kinder und haben dazu ihre berechtigten Ängste geäußert und um Unterstützung durch den Familien- und Gleichstellungsausschuss gebeten.

Die Mitglieder des FuG-Ausschusses haben dieses Anliegen sehr ernst aufgenommen und nach ausgiebiger Diskussion entschieden, dass auf einem öffentlichen Expertenhearing auch die fachlichen Gründe seitens des Justizministeriums dargelegt werden sollten. Denn es gilt auch, dass die Gesellschaft Bedarf hat, aus dem Maßregelvollzug entlassene Straftäter – nach psychologischer Betreuung – wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Es ist aber auch bekannt, dass niemand eine Garantie für eine 100%ige Sicherheit geben kann, ob diese Täter nicht wieder rückfällig werden.

Das Hearing könnte zur Klarstellung und zu verantwortungsvollem Handeln beitragen.

Dagmar Huhn
Ausschussvorsitzende